

WALKER · EMMERICH



Ausländerrecht für Polizeistudium und -praxis

Leitfaden für die Länderpolizeien

Ausländerrecht für Polizeistudium und -praxis

Ein Leitfaden für die Länderpolizeien

RD'in Marion Walker

Dozentin an der Hessischen Hochschule für öffentliches
Management und Sicherheit

EPHK Kai Emmerich

Polizeibeamter des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main sowie
nebenamtlich Lehrbeauftragter an der Hessischen Hochschule für
öffentliches Management und Sicherheit

RD'in Marion Walker, geb. 1981, ist Volljuristin und seit über einem Jahrzehnt bei der hessischen Landesverwaltung tätig. Ihre dienstlichen Verwendungen führten sie ins Polizeipräsidium Frankfurt, ins Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz sowie zur Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Dort lehrt sie am Campus Mühlheim u.a. Ausländerrecht in den Studiengängen der Schutz- und Kriminalpolizei. Im Nebenamt ist RD'in Walker als Prüferin im zweiten juristischen Staatsexamen sowie als Leiterin von Arbeitsgemeinschaften im Rahmen des Referendariats tätig.

EPHK Kai Emmerich, geb. 1976, ist Polizeibeamter und seit über zwei Jahrzehnten beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main tätig. Von Beginn an lag sein dienstlicher Schwerpunkt im Bereich des Ausländerrechts; zunächst in einer operativen Einheit, später als Leiter verschiedener Ermittlungsgruppen. Derzeit leitet EPHK Emmerich die Dienststelle „Zentrale Ermittlungen“. Im Nebenamt ist er als Lehrbeauftragter an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit am Campus Wiesbaden tätig. Dort lehrt er im Bereich Polizei- und Verwaltungsrecht, mit einem besonderen Fokus auf das Ausländerrecht.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-415-07760-7

© 2025 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Nutzung sämtlicher Inhalte für das Text- und Data-Mining ist ausschließlich dem Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b Abs. 2 UrhG ausdrücklich.

Anfragen gemäß EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (EU) 2023/988 (General Product Safety Regulation - GPSR) richten Sie bitte an: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Produktsicherheit, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart; E-Mail: produktsicherheit@boorberg.de

Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Eberhard-Finck-Straße 61, D-89075 Ulm

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	11
A. Allgemeines	13
I. Anwendungsbereich des Ausländerrechts.....	13
II. Statusgruppen.....	14
III. Schengener Übereinkommen	14
B. Aufenthaltsrecht	17
I. Beteiligte Behörden im AufenthG.....	17
1. Landespolizei	17
2. Weitere Behörden	18
II. Passpflicht.....	18
1. Funktionen eines Passes	18
2. Die Passpflicht.....	19
3. Strafvorschriften/Ordnungswidrigkeiten.....	22
III. Aufenthaltstitel.....	22
1. Allgemeines.....	22
2. Visumsbefreiter Kurzzeitaufenthalt	24
3. Aufenthaltstitel.....	26
a) Schengen-Visum Typ C.....	26
b) Nationales Visum Typ D.....	27
c) Aufenthaltserlaubnis	27
d) Blaue Karte EU	28
e) ICT-Karte und Mobiler-ICT-Karte.....	29
f) Niederlassungserlaubnis.....	29
g) Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU.....	30
h) Fiktionsbescheinigung	30
i) Aufenthaltsgestattung und Duldung	32
4. Entry-Exit-System	32
5. Bedingungen und Auflagen	33
6. Strafvorschriften/Ordnungswidrigkeiten.....	36
IV. Zugang zur Erwerbstätigkeit	36
1. Grundsatz	36
2. Erwerbstätigkeit im Fall der Visumsbefreiung.....	38
3. Strafvorschriften/Ordnungswidrigkeiten.....	41
V. Einreise- und Aufenthaltsverbot.....	41
VI. Fälle.....	42

C.	Freizügigkeitsrecht	55
I.	Anwendungsbereich.	55
II.	Ausweisungspflicht	56
III.	Freizügigkeitsrechte.	56
IV.	Nachweis des Freizügigkeitsrechts.	57
V.	Verlust der Freizügigkeitsrechte	58
VI.	Strafvorschriften/Ordnungswidrigkeiten	59
VII.	Fälle.	60
D.	Asylrecht	65
I.	Einführung in das Asylrecht.	65
	1. Historischer Hintergrund.	65
	2. Schutzformen	66
	3. Beteiligte Behörden.	68
II.	Ablauf des Asylverfahrens.	69
	1. Ankunft.	69
	2. Im ersten Angriff.	70
	a) ED-Behandlung	70
	b) Eurodac-Abgleich	72
	c) Verwahrung von Dokumenten	74
	d) Datenträger.	75
	e) Weiterleitung/Belehrung	75
	f) Unterrichtung BAMF	76
	3. Aufnahmeeinrichtung	77
	4. Anhörung	79
	5. Rechte und Pflichten des Asylantragstellers	79
	a) Aufenthaltsgestattung – § 55 AsylG.	79
	b) Versorgung und Unterkunft nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	81
	c) Räumliche Beschränkung – § 56 AsylG	82
	d) Wohnsitzauflage – § 60 AsylG	84
	e) Erwerbstätigkeit – § 61 AsylG	84
	f) Mitwirkungspflichten	85
	6. Entscheidung.	86
	a) Anerkennung.	86
	b) Ablehnung.	87
III.	Übersicht zum Ablauf eines Asylverfahrens	88
IV.	Fälle.	89

E.	Aufenthaltsbeendigung	93
I.	Begriffsbestimmungen	93
	1. Ausreisepflicht	93
	2. Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht	93
	3. Abschiebung	94
	4. Androhung der Abschiebung	95
	5. Zurückschiebung	95
II.	Maßnahmen bei Ausreisepflicht	96
	1. Auflagen während der Ausreisepflicht	96
	2. Grenzübertretsbescheinigung	97
	3. Ausschreibung zur Aufenthaltsbeendigung	97
	4. Ausschreibung zur Identitätsfeststellung	98
	5. Abschiebehaft	99
	6. Mitwirkungspflicht des Ausländers	100
III.	Landespolizeiliche Befugnisse	101
	1. Zuständigkeit	101
	2. Festhalterecht	101
	3. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	102
	a) Materielle Voraussetzungen und Rechtsfolge	102
	b) Formvorschriften	104
	c) Anordnungs- und Durchführungskompetenz	105
	4. Beantragung der Sicherungshaft	106
	5. Einstweilige Anordnung nach FamFG	110
	a) Vorläufige Freiheitsentziehung nach § 427 Abs. 1 FamFG	110
	b) Einstweilige Anordnung nach § 427 Abs. 2 FamFG	111
	6. Vorläufige Ingewahrsamnahme	113
IV.	Duldung	115
	1. Allgemeines	115
	2. Duldungsarten	117
	3. Auflagen/Strafvorschriften	119
	a) Räumliche Beschränkung – § 61 AufenthG	119
	b) Wohnsitzauflage – § 61 Abs. 1d AufenthG	120
	c) Auflagen vor Aufenthaltsbeendigung – § 61 Abs. 1e AufenthG	121
	d) Weitere Bedingungen und Auflagen – § 61 Abs. 1f AufenthG	121
	4. Erwerbstätigkeit	122
	5. Fälle	122

F.	Einschleusen von Ausländern	125
G.	Europäische Informationssysteme	127
I.	Visa-Informationssystem	127
II.	Weitere praktische Tipps zur Datenabfrage	129
	Literaturverzeichnis	133
	Stichwortverzeichnis	135